Blickpunkt Kantone

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **84 (1997)**

Heft 10: **Diverse Beiträge**

PDF erstellt am: **29.03.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Blickpunkt Kantone

Aargau

Zunehmende Sorge um die Zukunft der Bezirksschule

Die Rektorin der Bezirksschule Aarau, Barbara Fischer, nahm an der Schlussfeier kein Blatt vor den Mund: Aus ihren Worten sprach die Sorge um die Zukunft der Bezirksschule, die mit der Diskussion um das neue Maturitätsanerkennungsreglement und um die Verkürzung der Schuldauer bis zur Matura aufgekeimt ist. Fischer sprach sich dagegen aus, bei der Grundausbildung zu sparen und mit einer Verkürzung der Bezirksschulzeit an einem Pfeiler des aargauischen Schulsystems zu rütteln. Sie ermunterte die anwesenden Eltern, sich für die Erhaltung der Bezirksschule einzusetzen und vernehmbare Zeichen zur Selbstbehauptung der Bezirksschule zu setzen. Aus ihren Ausführungen jedenfalls wurde deutlich, dass sie sich mit der Aussage des Erziehungsdirektors, «etwas Bez-Ähnliches» bleibe erhalten, nicht anfreunden mag.

‹AZ›, 2.7.97

Umsetzung MAR an der AME

Der Regierungsrat hat das neue Konzept der Aargauischen Maturitätsschule für Erwachsene (AME) gutgeheissen. Die AME setzt damit das Maturitätsanerkennungsreglement (MAR) um, das die schweizerische Anerkennung regelt. Die Umsetzung erfordert eine Anpassung des AME-Dekretes, die vom Grossen Rat zu beraten und zu beschliessen ist.

Pressemitteilung

Bern

Oberbipp will nur benotete Lehrerinnen

Das Berner Seminar Marzili arbeitet ohne Noten. Das ist sechs Absolventinnen zum Verhängnis geworden: Die Schulkommission Oberbipp hat sie abblitzen lassen, weil ihre Bewerbungen keine Noten enthielten. Dieser Konflikt könnte künftig von Bedeutung sein.

‹Bund›, 26.6.97

Lehrer in Teilzeit

Fast die Hälfte aller Lehrerinnen und Lehrer der obligatorischen Schule arbeitet weniger als 90 Prozent eines Vollpensums. Im Kanton Bern arbeitet an der Primarschule nur gerade jede dritte Lehrkraft Vollzeit, wie aus der jüngsten Lehrkräftestatistik des Bundesamtes für Statistik hervorgeht. Die Teilzeitarbeit ist auf allen Schulstufen stark vertreten. Der Anteil an Vollbeschäftigten nimmt jedoch mit steigender Schulstufe ab. Auf der Primarstufe arbeitet fast jede fünfte Lehrkraft maximal 50 Prozent. In Schulen mit besonderem Lehrplan und auf der Sekundarstufe I ist es jede sechste Lehrperson. Besonders stark vertreten ist Teilzeitarbeit bei Lehrerinnen und Lehrern, die stufenübergreifend unterrichten. Ein Drittel arbeitet bis zu 50 Prozent, ein weiteres Drittel zwischen 50 und 90 Prozent. Stufenübergreifend sind meist Lehrkräfte für Werken, Zeichnen, Handarbeit/Hauswirtschaft, Musik usw. tätig. Grosse Unterschiede zeigen sich auch zwischen den Kantonen.

‹BaZ›, 14.7.97

Genf

Die Université populaire albanaise in Genf

Vor Jahresfrist wurde in Genf das Projekt einer Volksuniversität für jene Ausländer, die in ihrem Herkunftsland keinen Zugang zu Schulen mehr haben, die Kosovo-Albaner, an die Hand genommen. 120 Freiwillige, vorwiegend Angehörige des durch langwierige Asylverfahren und vereitelte Rückkehr zunehmend marginalisierten und auch im Exil geächteten Volks, machten sich an die Renovation der vom Trägerverein Université populaire albanaise (UPA) gemieteten Räume. Seither hat sich ein vitaler Betrieb auf prekärer Basis eingespielt.

‹NZZ›, 28.7.97

Zürich

Motivationsschub für Jugendliche ohne Lehrstelle

Die SOS-Lehrstellenaktion der Berufsberatung der Stadt Zürich, die dieses Jahr zum vierten Mal stattfindet, bemüht sich um die Akquisition von zusätzlichen Lehrstellen und unterstützt Jugendliche bei der Wahl einer sinnvollen Lösung nach Ablauf der Schulzeit. Die SOS-Beratung geht Schwierigkeiten bei der Lehrstellensuche gezielt auf den Grund.

‹NZZ›, 2.7.97

Lehrer-Leistungslohn abgesegnet

Es bleibt dabei: Auch das Kantonsparlament hält am Leistungslohn für Lehrkräfte fest. Die bürgerliche Ratsmehrheit hat es abgelehnt, die Vorarbeiten für ein Qualifikationssystem abzubrechen.

Eigentlich hatte der Rat nur über eine dringliche Motion diskutieren sollen. Zu beschliessen hätte es nichts gegeben. Der Rat wollte aber «reinen Tisch». Deshalb behandelte er gleichzeitig eine als Nummer 69 traktandierte Motion von Susanne Huggel (EVP, Hombrechtikon). Die inzwischen verstorbene Kantonsrätin hatte den gänzlichen Verzicht auf ein lohnwirksames Qualifikationssystem bei der Lehrerschaft gefordert. Gestern folgte der Rat dem Antrag der Regierung: Er votierte gegen Überweisung – mit 84 bürgerlichen (inklusive eines Grossteils der CVP) gegen 66 links-grüne Stimmen.

‹TA›, 1.7.97

Lehrerverband «enttäuscht» von Lehrerbildungsgesetz

Kurz nach Eröffnung der Vernehmlassung über den Entwurf zum neuen Lehrerbildungsgesetz hat der Lehrerverband Stellung bezogen gegen die vorgeschlagene Einführung von Fächergruppenlehrkräften an der Volksschuloberstufe. Damit hat die Diskussion über diesen Reformschritt in der breiten Öffentlichkeit begonnen.

Der Entwurf für ein Lehrerbildungsgesetz sieht vor, für die Oberstufe der Volksschule Lehrkräfte auszubilden, die jeweils eine Gruppe von Fächern in allen Klassen und auf allen Niveaus bzw. in allen Abteilungen der Oberstufe unterrichten würden. Wegfallen würde die herkömmliche Spezialisierung als Real-, Ober und Sekundarschullehrkraft wie auch die klassische Einteilung in Phil.-I- und Phil.-II-Sekundarlehrer. Reaktionen auf die Veröffentlichung des Gesetzesentwurfs deuten darauf hin, dass sich in der Vernehmlassung vor allem an diesem Punkt die Geister scheiden werden.

‹NZZ›, 8.8.97

Stiftung europäische Schule Zürich im Konkurs

Über die Stiftung Europäische Schule Zürich ist der Konkurs verhängt worden. Da jedoch in finanzieller Hinsicht nichts zu holen ist, wird der Konkurs eingestellt, falls nicht ein Gläubiger auf der Durchführung des Verfahrens besteht. Die Stiftung war 1992 im Hinblick auf die Gründung der deutsch- und englischsprachigen Privatschule ins Leben gerufen worden. Im August 1995 wurde sie mit dem Segen der Erziehungsdirektion (ED) von einer staatlich beaufsichtigten Stiftung in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Daraufhin begann ein monatelanger Streit um die rechtliche und organisatorische Form der Schule. Die ED machte im Dezember 1996 ihre Verfügung rückgängig. Die Schule für rund 150 Kinder wurde im Herbst 1992 eröffnet, musste aber im Sommer 1996 geschlossen werden.

‹TA›, 17.7.97